



Niederschrift

Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 12.09.2013

**Sitzungsbe-
ginn:** 17:00 Uhr

Sitzungsende: 19:03 Uhr

Raum, Ort: Kreis Rendsburg-Eckernförde, Kaiserstraße 8, 24768 Rendsburg,
Sitzungssaal 1

Vorsitz

Anwesend

Ulrich Kaminski

Mitglieder

Anwesend

Thorsten Schulz

Ulf Born

Ralf Kaufmann

Ulrike Khuen-Rauter

Sabine Mues

Beate Nielsen

Iris Ploog

Christian Schlömer

Peter Skowron

Abwesend

Sabine Meyer

entschuldigt

Gudrun Rempé

entschuldigt

Sina Marie Rooswinkel-Weiß

entschuldigt

stellvertretende Mitglieder

Anwesend

Volker Bergt
Bernhard Fleischer
Martin Harders
Gyde Jensen
Horst Köller
Thiemo Körtge
Konstantinos Wensierski (2013-2023)

Abwesend

Wolfgang Weiß	entschuldigt
Torben Ackermann	entschuldigt
Gerhard Bergemann	entschuldigt
Cornelia Conrad	entschuldigt
Melanie Jürgensen	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Begrüßung und Festlegung der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 08.08.2013
3. Beschlussvorlage: Antrag der rabs GmbH auf Veränderung der Zuschussgewährung für das Programm "Bürgerarbeit"
4. Umsetzung des Asylbewerberleistungsgesetzes VO/2013/060
5. Tätigkeitsbericht 2012 des Pflegestützpunktes
6. Bericht der Verwaltung- Stand des Änderungsverfahrens zum AG-SGB II/BKKG- Stand der Mietwerterhebung- Stand der Verordnung zur Revision der KdU- Bundesbeteiligung für das BuT- Bericht aus der Trägerversammlung des Jobcenters Kreis Rendsburg-Eckernförde
7. Verschiedenes

Protokoll

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung, Begrüßung und Festlegung der Tagesordnung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 17.00 Uhr und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Beschlussfähigkeit sowie das form- und fristgerechte Einladungsverfahren fest. Gegen die Einladung werden keine Einwendungen erhoben.

Frau Gyde Jensen (bürgerliches Mitglied) wird durch den Vorsitzenden mit Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten verpflichtet.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird einstimmig beschlossen, den TOP 6 (Vorschlag für eine/n ehrenamtliche/n Kreisbeauftragte/n für Menschen mit Behinderung) vor dem Hintergrund weiterer anstehender Bewerbungsgespräche von der vorliegenden Tagesordnung abzusetzen.

Nach dieser Änderung legt der Sozial- und Gesundheitsausschuss die

Tagesordnung

wie folgt fest:

1. Eröffnung, Begrüßung und Festlegung der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 08.08.2013
3. Beschlussvorlage:
Antrag der rabs GmbH auf Veränderung der Zuschussgewährung für das Programm „Bürgerarbeit“
4. a. Mitteilungsvorlage:
Umsetzung des Asylbewerberleistungsgesetzes
b. Bericht:
Sachstand Migrationssozialberatung
5. Tätigkeitsbericht 2012 des Pflegestützpunktes
6. Bericht der Verwaltung
 - a. Stand des Änderungsverfahrens zum AG-SGB II/BKGG
 - b. Stand der Mietwerterhebung
 - c. Stand der Verordnung zur Revision der KdU-Bundesbeteiligung für das Bildungs- und Teilhabepaket
 - d. Bericht aus der Trägerversammlung des Jobcenters Kreis Rendsburg-Eckernförde

7. Verschiedenes

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	
Nein-Stimmen:	
Enthaltungen:	

zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 08.08.2013

Die Niederschrift wird einstimmig mit folgender Korrektur genehmigt:

- Korrekterweise heißt es auf der 1. Seite der Niederschrift, Punkt „Anwesende Ausschussmitglieder“

Frau Sabine Mues (CDU) - bürgerliches Mitglied -

Herr Thiemo Körtge (Bündnis 90/Die Grünen) - bürgerliches Mitglied -

- sowie auf der 2. Seite der Niederschrift

Die bürgerlichen Mitglieder

- Volker Bergt
- Ulf Born
- Bernhard Fleischer
- Melanie Jürgensen
- Ralf Kaufmann
- Thiemo Körtge
- Sabine Meyer
- Sabine Mues
- Peter Skowron
- Konstantinos Wensierski

werden durch den Vorsitzenden durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten verpflichtet und in ihr Amt eingeführt.

Der Vorsitzende weist auf die neue Sitzordnung hin. Frau Jeske-Paasch erläutert diese und bittet bei Verbesserungsvorschlägen um Rückmeldung.

zu 3 Beschlussvorlage: Antrag der rabs GmbH auf Veränderung der Zuschussgewährung für das Programm "Bürgerarbeit"

Der Vorsitzende erläutert ergänzend zur Vorlage das Finanzierungsmodell der Bürgerarbeit und weist darauf hin, dass das Programm in Schleswig-Holstein auch noch in der Landeshauptstadt Kiel durchgeführt wird, im Jahre 2014 ausläuft und es im Kreis Rendsburg-Eckernförde neben der rabs GmbH zwei weitere Maßnahmenträger gibt, die keinen Nachfinanzierungsantrag gestellt haben. Er schlägt vor, die Entscheidung über den Antrag bis zu den Haushaltsberatungen zu vertagen.

Frau Jeske-Paasch sagt zu, die im Antrag der rabs GmbH genannten Beträgen zu hinterfragen und zu klären, ob und ggf. in welcher Höhe die Landeshauptstadt Kiel das dortige Projekt finanziell unterstützt. Die Ergebnisse werden den Ausschussmitgliedern mitgeteilt.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, die Entscheidung über den Antrag der rabs GmbH bis zu den Beratungen über den Haushaltsentwurf 2014 zu vertagen.

zu 4 Umsetzung des Asylbewerberleistungsgesetzes

VO/2013/060

a. Mitteilungsvorlage: Umsetzung des Asylbewerberleistungsgesetzes

Herr Radant berichtet, dass bei den Asylbewerberzahlen erneut ein starker Anstieg zu verzeichnen ist, der sich bei der Anzahl der Leistungsberechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz niederschlägt und finanzielle Auswirkungen hat. Im Übrigen wird auf die Mitteilungsvorlage verwiesen.

Herr Radant weist darauf hin, dass das Land 70 % der Aufwendungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz übernimmt und 30 % vom Kreis zu tragen sind. Frau Jeske-Paasch stellt klar, dass die Mitteilungsvorlage die Anzahl der Asylbewerber mit Stand vom 30.06.2013 darstellt und spätere Entwicklungen der Asylbewerberzahlen nicht berücksichtigt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu der Anfrage von Frau Khuen-Rauter (Bündnis 90/Die Grünen) hinsichtlich des pauschalen Abzugs der Wäschereinigungsgebühr in Höhe von 2,05 € von der Asylbewerberleistung bei den in der Gemeinschaftsunterkunft untergebrachten Personen wird eine Beantwortung im Protokoll zugesagt.

Der Fachdienst Allgemeine Ordnungsverwaltung teilt dazu mit, dass die Stadt Rendsburg die Geldleistungen an die in der Gemeinschaftsunterkunft untergebrachten Personen auszahlt. Von dem Barbetrag werden auf Grundlage einer zwischen der Stadt Rendsburg und dem Kreis Rendsburg-Eckernförde getroffenen Vereinbarung für erbrachte Sachleistungen für Energiebedarf und Wäschereinigung entsprechende Beträge, für Wäschereinigung (Bettwäsche) 2,05 €, abgezogen. Dafür kann in der Gemeinschaftsunterkunft jederzeit und nach Bedarf Bettwäsche getauscht werden.

In der Praxis haben sich diesbezüglich keine Probleme ergeben, weil der Bettwäschegebrauch und die damit verbundenen Reinigungskosten höher sind als die einbehaltene Pauschale.

b. Bericht: Sachstand Migrationssozialberatung

Herr Marschall erinnert daran, dass die Migrationssozialberatung (MSB) des Kreises 2011 eingestellt wurde. Die MSB wird im Kreis von zwei privaten Institutionen, dem Diakonieverein und UTS (Umwelt-Technik-Soziales), erfolgreich durchgeführt. Eine kreiseigene MSB ist auch nach Ansicht des Landesrechnungshofes nicht erforderlich.

Bezüglich der Umsetzung des Nationalen Integrationsplans (NIP) geht Herr Marschall kurz auf die bisherige Entwicklung ein. Nach dem im September 2010 durchgeführten Fachtag wurden vier Arbeitsgruppen gebildet, die verschiedene Handlungsfelder bearbeitet haben. Die Ergebnisse wurden dem „Runden Tisch“ und der aus Politik und Moderatoren gebildeten „Steuerungsgruppe“ vorgetragen. Aufgrund der veränderten politischen Verhältnisse nach der letzten Kommunalwahl müssen nunmehr neue politische Vertreter benannt werden. Danach kann die Steuerungsgruppe dem Sozial- und Gesundheitsausschuss einen Vorschlag, insbesondere über die Verwendung der im Haushalt 2013 bereitgestellten Projektmittel in Höhe von 35.000 € zur Umsetzung des NIP im Kreis Rendsburg-Eckernförde, unterbreiten. Der konkrete Auftrag der Steuerungsgruppe besteht darin, einen Projektträger zu finden, der die Umsetzung der geplanten Maßnahmen übernimmt.

Es besteht Einvernehmen, dass alle im Kreistag vertretenen Parteien der Verwaltung, Frau Jeske-Paasch, bis zum 27.09.2013 per Email oder schriftlich eine/n Vertreter/in für die Steuerungsgruppe benennen können, die dann noch im Oktober 2013 zusammentreten sollte, um die weitere Verfahrensweise zur Umsetzung des NIP zu beraten. Auf Nachfrage von Herrn Schulz führt Herr Marschall aus, dass die 2013 nicht verbrauchten Projektmittel in das Haushaltsjahr 2014 übertragen werden können.

Folgende Ausschussmitglieder werden während der Sitzung für die Teilnahme an der Steuerungsgruppe benannt:

- für die CDU-Fraktion: Frau Beate Nielsen und Herr Thorsten Schulz als Stellvertreter
- für die SPD-Fraktion: Herr Horst Köller und Herr Bernhard Fleischer als Stellvertreter

Die Steuerungsgruppe wird einstimmig beauftragt, dem Sozial- und Gesundheitsausschuss einen Vorschlag zur Umsetzung des NIP im Kreis Rendsburg-Eckernförde zu unterbreiten.

zu 5 Tätigkeitsbericht 2012 des Pflegestützpunktes

Herr Wenglowski verteilt den Tätigkeitsbericht und erläutert anschließend den konzeptionellen Aufbau des Pflegestützpunktes sowie seine Aufgaben. Er betont, dass der Pflegestützpunkt keine Angebote vermittelt, sondern trägerneutral berät. Im Übrigen wird auf den Tätigkeitsbericht verwiesen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Finanzierung des Pflegestützpunktes seitens des Landes bis Ende 2014 gesichert ist und es sich bei der Beteiligung des Kreises um eine freiwillige Leistung handelt.

Frau Jeske-Paasch bittet um folgende Korrektur auf Seite 9 des Tätigkeitsberichts: Der Satz „Für die weitere Arbeit der Koordinierungsstelle ist die Besetzung der einen vakanten Stelle mit einer Fachkraft erforderlich“ soll ersatzlos gestrichen werden, da keine vakante Stelle mehr vorhanden ist. An die Träger von Einrichtungen und Diensten appelliert sie, sich in die bestehende Datenbank des Pflegestützpunktes eintragen zu lassen und so zur Schaffung eines größeren Netzwerks beizutragen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 6 Bericht der Verwaltung- Stand des Änderungsverfahrens zum AG-SGB II/BKKG- Stand der Mietwerterhebung- Stand der Verordnung zur Revision der KdU- Bundesbeteiligung für das BuT- Bericht aus der Trägerversammlung des Jobcenters Kreis Rendsburg-Eckernförde

a) Stand des Änderungsverfahrens zum AG-SGB II/BKGG

Herr Radant berichtet, dass das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein den Kommunalen Landesverbänden den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und des § 6b Bundeskindergeldgesetz zur Anhörung übersandt hat.

Der Gesetzentwurf sieht – wie bereits zuvor durch die Landesregierung angekündigt – eine Öffnung des Verwendungszwecks für die nicht verbrauchten und nicht der Revision unterliegenden Bundesmittel für das Bildungs- und Teilhabepaket vor. Danach können diese Mittel künftig „auch für Maßnahmen der Schulsozialarbeit oder Zwecke der Jugendhilfe verwendet werden“.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

b) Stand der Mietwerterhebung

Herr Radant berichtet, dass die von der Firma Analyse & Konzepte durchgeführte Befragung der Vermieter abgeschlossen ist. Zusätzlich wurde der Datenbestand des Jobcenters Rendsburg-Eckernförde in die Erhebung einbezogen und von der vorgenannten Firma ein erster Entwurf für eine Wohnungsmarkttypisierung vorgelegt. Dar-

in werden Kommunen mit strukturell vergleichbaren Wohnungsmärkten zu Wohnungsmarkttypen zusammengefasst, für die dann Mietwerte ermittelt werden.

Die Ergebnisse werden der Verwaltung am 24.10.2013 vorgestellt und sollen dem Sozial- und Gesundheitsausschuss in seiner Sitzung am 21.11.2013 zur weiteren Beratung vorgelegt werden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

c) Stand der Verordnung zur Revision der KdU-Bundesbeteiligung für das Bildungs- und Teilhabepaket

Anknüpfend an seinen Bericht in der letzten Sitzung des Ausschusses teilt Herr Radant mit, dass das Bundesministerium für Arbeit und Soziales seine Verordnung zur Revision der KdU-Bundesbeteiligung für das Bildungs- und Teilhabepaket im Bundesgesetzblatt veröffentlicht hat. Die Verordnung ist am 22.08.2013 in Kraft getreten. Sie beinhaltet für die Jahre 2013 und 2014 länderspezifische Quoten, die bei den Flächenländern zwischen 2,3 % für Sachsen-Anhalt und 3,7 % für Baden-Württemberg, Niedersachsen und Thüringen liegen. Die Quote für Schleswig-Holstein beträgt 3,4 %. Die zusätzliche Absenkung der Bundesbeteiligung um die im Jahr 2012 durch Minderausgaben eingetretenen Differenzen ist nicht mehr Inhalt der Verordnung.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

d) Bericht aus der Trägerversammlung des Jobcenters Kreis Rendsburg-Eckernförde

Frau Jeske-Paasch berichtet, dass sie in der am 21.08.2013 stattgefundenen Trägerversammlung des Jobcenters Rendsburg-Eckernförde zur Vorsitzenden gewählt wurde, und bedankt sich hierfür beim Vorsitzenden und seinem Stellvertreter.

Weiterhin informiert sie die Ausschussmitglieder über den Stand der Zielerreichung. Bezüglich der vereinbarten Bundesziele geht Frau Jeske-Paasch auf die Summe der Leistungen zum Lebensunterhalt, die Integrationsquote, den Bestand an Langzeitleistungsbeziehern, den Kundenzufriedenheitsindex und den Prozessqualitätsindex ein.

Hinsichtlich der vereinbarten Kommunalziele weist Frau Jeske-Paasch darauf hin, dass

- a) bei den laufenden Kosten der Unterkunft und Heizung eine Überschreitung des Zielwertes (maximale Ausgabe von 31 Mio. €) in Höhe von voraussichtlich 700.000 € entstehen wird, und erläutert mögliche Ursachen für diese Entwicklung
- b) bei der Identifizierung von Leistungsempfängern, die bis zu 100 € monatlich an Kosten der Unterkunft erhalten, 68 Bedarfsgemeinschaften geprüft wurden und dabei überwiegend festgestellt wurde, dass entweder das Leistungsvermögen ausgeschöpft ist, bereits Bürgerarbeit geleistet wird oder gesundheitliche Einschränkungen und sonstige Hemmnisse bestehen; in 8 Fällen ist die Kontaktdichte erhöht worden.

- c) vereinbart wurde, die Anzahl der Anträge auf die Leistung „Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben“ des Bildungs- und Teilhabepakets in der Altersgruppe der 7 bis 18Jährigen auf 50 % zu steigern
- d) mit Stand des 30.06.2013 51,1 % des Bewirtschaftungsbudgets 2013 ausgegeben sind.

zu 7 Verschiedenes

Frau Jeske-Paasch informiert die Ausschussmitglieder darüber, dass dem Sozial- und Gesundheitsausschuss nach einem Beschluss des Hauptausschusses aus den Budgetüberschüssen 2012 keine Mittel zugesprochen worden sind. Ebenfalls spricht sie die neue Gestaltung des Internetauftritts des Fachbereichs Soziales, Arbeit und Gesundheit an und bittet die Ausschussmitglieder ggf. um Mitteilung von Optimierungsvorschlägen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, wird die Sitzung um 19.03 Uhr geschlossen.

Rendsburg, 04.10.2013

Vorsitz

Katrin Schliszio
Protokollführung